

Grünberger Wochenblatt.

Zeitung für Stadt und Land.

Dieses Blatt erscheint in einer regelmäßigen Auflage von 5000 Exemplaren.

Erscheint wöchentlich drei Mal: Sonntag, Mittwoch und Freitag. Vierteljährlicher Abonnementspreis in der Expedition 50 Pf., in den Commantiten 60 Pf., durch den Colporteur ins Haus gebracht 60 Pf., bei der Post 65 Pf., durch den Briefträger oder Landboten 90 Pf.

Dieses Blatt erscheint in einer regelmäßigen Auflage von 5000 Exemplaren.

Der Candidat der freisinnigen Partei des Wahlkreises Grünberg-Freystadt ist **Herr Rentier L. Jordan-Berlin.**

Zwei kaiserliche Erlasse.

Ich bin entschlossen, zur Verbesserung der Lage der deutschen Arbeiter die Hand zu bieten, so weit die Grenzen es gestatten, welche meiner Fürsorge durch die Nothwendigkeit gezogen werden, die deutsche Industrie auf dem Weltmarkte concurrenzfähig zu erhalten und dadurch ihre und der Arbeiter Existenz zu sichern. Der Rückgang der heimischen Betriebe durch Verlust ihres Absatzes im Auslande würde nicht nur die Unternehmer, sondern auch ihre Arbeiter brotlos machen. Die in der internationalen Concurrenz begründeten Schwierigkeiten der Verbesserung der Lage unserer Arbeiter lassen sich nur durch internationale Verständigung der an der Beherrschung des Weltmarktes beteiligten Länder, wenn nicht überwinden, doch abschwächen. In der Ueberzeugung, daß auch andere Regierungen von dem Wunsche beiseit sind, die Bestrebungen einer gemeinsamen Prüfung zu unterziehen, über welche die Arbeiter dieser Länder unter sich schon internationale Verhandlungen führen, will Ich, daß zunächst in Frankreich, England, Belgien und der Schweiz durch Meine dortigen Vertreter amtlich angefragt werde, ob die Regierungen geneigt sind, mit uns in Unterhandlung zu treten behufs einer internationalen Verständigung über die Möglichkeit, denjenigen Bedürfnissen und Wünschen der Arbeiter entgegen zu kommen, welche in den Umständen der letzten Jahre und anderweit zu Tage getreten sind. Sobald die Zustimmung zu Meiner Anregung im Princip gewonnen sein wird, beauftrage ich Sie, die Cabinete aller der Regierungen, welche an der Arbeiterfrage den gleichen Antheil nehmen, zu einer Konferenz behufs Verathung über die einschlägigen Fragen einzuladen.

Berlin, den 4. Januar 1890.

Wilhelm J. R.

An den Reichskanzler.

Bei meinem Regierungsantritt habe Ich Meinen Entschluß kundgegeben, die fernere Entwicklung unserer Gesetzgebung in der gleichen Richtung zu fördern, in welcher Mein in Gott ruhender Großvater Sich der Fürsorge für den wirtschaftlich schwächeren Theil des Volkes im Geiste christlicher Sittenlehre angenommen hat. So werthvoll und erfolgreich die durch die Gesetzgebung und Verwaltung zur Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes bisher getroffenen Maßnahmen sind, so erfüllen dieselben doch nicht die ganze Mir gestellte Aufgabe.

Neben dem weiteren Ausbau der Arbeiter-Versicherungsgesetzgebung sind die bestehenden Vorschriften der Gewerbeordnung über die Verhältnisse der Fabrikarbeiter einer Prüfung zu unterziehen, um den auf diesem Gebiete laut gewordenen Klagen und Wünschen, soweit sie begründet sind, gerecht zu werden.

Diese Prüfung hat davon auszugehen, daß es eine der Aufgaben der Staatsgewalt ist, die Zeit, die Dauer und die Art der Arbeit so zu regeln, daß die Erhaltung der Gesundheit, die Gebote der Sittlichkeit, die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Arbeiter und ihr Anspruch auf gesetzliche Gleichberechtigung gewahrt bleiben.

Für die Pflege des Friedens zwischen Arbeitgeber und Arbeiter sind gesetzliche Bestimmungen über die Verhältnisse zu treffen, welche ihr Vertrauen besitzen, in denen die Arbeiter ihre Angelegenheiten betheiligen und die Interessen bei Verhandlungen mit den Organen Meiner Regierung durch eine solche Einwirkung und friedliche Auswirkung zu ermöglichen und zu unterstützen zu geben, sich zu unterhalten.

Die Verhältnisse der Arbeiter sind zu prüfen, welche die Arbeiter in Betreff der Betheiligung an internationalen Konferenzen über Fragen der Arbeiterschutzgesetzgebung. Bekanntlich hatte die Schweiz wiederholt Einladungen zu solchen Congressen ergeben lassen, zuerst im vorigen Jahr und jetzt kürzlich wieder vor etwa 14 Tagen. Die Reichsregierung und die preussische Regierung hatten diesen Einladungen bisher keine Folge gegeben.

In allen officiellen Blättern, insbesondere in der „Nordd. Allg. Ztg.“ war zu lesen, daß solche internationale Conferenzen nicht den geringsten Erfolg versprächen. Nun ordnet umgekehrt der Kaiser an, daß Deutschland seinerseits die bisherige Versäumnis wieder gut macht und seinerseits bei den Regierungen in Frankreich, England, Belgien und der Schweiz anfragt, ob dieselben geneigt sind, in Verhandlungen zu treten behufs internationaler Verständigung.

Zur Vorberathung dieser Fragen will Ich, daß der Staatsrath unter Meinem Vorstize und unter Zuziehung derjenigen sachkundigen Personen zusammenetrete, welche Ich dazu berufen werde. Die Auswahl der letzteren behalte Ich Meiner Bestimmung vor.

Unter den Schwierigkeiten, welche der Ordnung der Arbeiterverhältnisse in dem von Mir beabsichtigten Sinne entgegenstehen, nehmen diejenigen, welche aus der Nothwendigkeit der Schonung der heimischen Industrie in ihrem Wettbewerb mit dem Auslande sich ergeben, eine hervorragende Stelle ein. Ich habe daher den Reichskanzler angewiesen, bei den Regierungen der Staaten, deren Industrie mit der unsrigen den Weltmarkt beherrscht, den Zusammentritt einer Konferenz anzuregen, um die Herbeiführung gleichmäßiger internationaler Regelungen der Grenzen für die Anforderungen anzustreben, welche an die Thätigkeit der Arbeiter gestellt werden dürfen. Der Reichskanzler wird Ihnen Abschrift Meines an ihn gerichteten Erlasses mittheilen.

Berlin, den 4. Februar 1890.

Wilhelm R.

An die Minister der öffentlichen Arbeiten und für Handel und Gewerbe.

In den vorstehenden Erlassen, welche wir mit ungetheilter Freude begrüßen, documentirt sich ein vollständiger Umschwung der Regierungspolitik in Bezug auf die Arbeiterfragen in der von freisinniger Seite seit Jahren besolagnen Richtung, und nun wissen wir auch, weshalb Fürst Bismarck das Handelsministerium niederlegen mußte.

Bisher hatte die Reichsregierung dem Arbeiterschutzgesetz, welches aus der Initiative des Reichstages hervorgegangen war, stets den schroffsten Widerstand entgegengelehrt. Das wird nun anders werden. Der Kaiser giebt in den Erlässen den Forderungen des Reichstages nach und ordnet zunächst eine Prüfung der Vorschriften der Gewerbeordnung über die Verhältnisse der Fabrikarbeiter in den Bestimmungen des Tit. 7, §§ 105-120 (Sonntagsarbeit, Arbeitsvertrag, Lohnzahlung, Einrichtungen für Gesundheit und Sittlichkeit) an. Weiterhin sollen gesetzliche Bestimmungen erlassen werden über die Einsetzung von Vertretungsorganen der Arbeitnehmer, mittels deren dieselben ihre Wünsche und Beschwerden frei und friedlich verlautbaren lassen können. Bekanntlich enthält der durch die freisinnigen Abgeordneten Schmidt und Baumbach vermittelte Ausgleich zwischen den Bergarbeitern und Grubendirectoren des Ruhrreviers einen die Bildung solcher Arbeiterausschüsse betreffenden Passus. Die Grubendirectoren aber wiesen die Bildung solcher Arbeiterausschüsse zurück. Auch früher hat die freisinnige Partei bei Anträgen, betreffend die Bildung von Gewerkekammern, im Reichstage stets verlangt, daß in denselben auch die Arbeitnehmer vertreten sein müßten.

Von geringerer Bedeutung ist die Verleihung der Befugnisse der Fabrikinspektoren an die Bergbeamten. Der Kaiser wünscht, daß die staatlichen Bergwerke sich bezüglich der Fürsorge für die Arbeiter zu Mustern entwickeln. Bekanntlich ist zwar von Seiten der Regierung stets behauptet worden, daß die fiscalischen Bergwerke solche Mustern darstellten; die Thatfachen aber, welche bei den letzten Umständen bekannt wurden, haben gezeigt, daß in mancher Beziehung die fiscalischen Bergwerke hinter den Privatbergwerken in dieser Richtung noch zurückstehen.

Ebenso vollständig wie in Bezug auf die Arbeiterschutzgesetzgebung ist der Umschlag in der Regierung in Betreff der Betheiligung an internationalen Konferenzen über Fragen der Arbeiterschutzgesetzgebung. Bekanntlich hatte die Schweiz wiederholt Einladungen zu solchen Congressen ergeben lassen, zuerst im vorigen Jahr und jetzt kürzlich wieder vor etwa 14 Tagen. Die Reichsregierung und die preussische Regierung hatten diesen Einladungen bisher keine Folge gegeben.

In den kaiserlichen Erlässen ist nichts enthalten, dem die freisinnige Partei entsprechend ihrer bisherigen Haltung nicht voll und ganz zustimmen könnte. Es wird darin Forderungen Rechnung getragen, die die freisinnige Partei stets vertreten hat. Es wird nun Sache der freisinnigen Partei und aller gleichgesinnten unabhängigen Parteien sein, dafür zu sorgen, daß die Behörden diese Erlasse auch so, wie sie gedacht sind, voll und ganz zur Ausführung bringen. Dazu ist aber die Wahl von durchaus unabhängigen Abgeordneten in den Reichstag erforderlich, welche sich nicht durch die zeitige Machtstellung, durch Neigung oder Abneigung des Kanzlers, sondern lediglich durch die Sache selbst und die Wünsche des Volkes bestimmen lassen.

Auf das Glänzendste wird durch die Erlasse des Kaisers die Ansicht in öffentlicher Versammlung ausgesprochene Behauptung unseres Candidaten Jordan erhärtet, daß Kaiser Wilhelm kein Hohenzoller sein möchte, wenn er nicht den Klar und fest vorgetragenen Wünschen des Volkes Rechnung tragen sollte. Der Kaiser ist gewillt, den Wünschen des Volkes entgegenzukommen, wenn er nur erst weiß, welches diese Wünsche sind. Eine Cartellmajorität des Reichstages, die nicht aus der freien Ueberzeugung der Wählerschaft, sondern aus der Furcht hervorgegangen ist, kann dem Kaiser nur persönliche Wünsche, nicht diejenigen des Volkes vortragen. Darum wählt Männer in den Reichstag, die wissen, wo auch der Schuh drückt, die eure Wünsche und Klagen zum Ohr des Kaisers bringen und fest — auch gegen den Reichskanzler — auf Erfüllung dieser Wünsche und Beseitigung dieser Klagen dringen. Solch ein Mann ist unser freisinniger Candidat

Herr L. Jordan-Berlin.

Tagesereignisse.

Der Kaiser wohnte am Dienstag Abend einem parlamentarischen Diner beim Reichskanzler bei. Freisinnige Abgeordnete waren nicht eingeladen. Der Kaiser blieb sehr lange beim parlamentarischen Diner und unterhielt sich lebhaft über die Arbeiterschutz- und Colonialfragen. Der Kanzler erklärte, er wünsche selbst, daß die preussischen Angelegenheiten einer jüngeren Kraft übertragen werden.

Frb. v. Berlepsch tritt heute sein Amt als preussischer Handelsminister an.

Oberbürgermeister v. Forckenbeck ist an der Influenza erkrankt, befindet sich aber wieder auf dem Wege der Besserung.

Der Ausschuß der Berliner Stadtverordneten für Vorbereitung der Wahl des Oberbürgermeisters beschloß einstimmig die Wiederwahl des bisherigen Oberbürgermeisters Dr. v. Forckenbeck zu empfehlen. Man ist allgemein gespannt darauf, ob die Regierung die Wiederwahl dieses vortrefflichen Mannes, der von Freund und Feind als Muster eines Bürgermeisters anerkannt wird, bestätigen wird.

Der Gesetzentwurf über Gewerbegerichte ist in der Gestalt, welche er durch die Bundesrathsbeschlüsse erhalten hat, veröffentlicht worden. Der Gesetzentwurf führt Gewerbegerichte zur Entscheidung von Streitigkeiten zwischen Arbeitern und Arbeitgebern über das Arbeitsverhältnis nicht allgemein und obligatorisch, sondern nur facultativ ein nach Maßgabe von Ortsstatuten. Wo keine Gewerbegerichte eingeführt werden, kann jede Partei die vorläufige Entscheidung durch den Vorsteher der Gemeinde nachsuchen. Die Einführung von Gewerbegerichten kann auch durch

Anordnung der Landescentralbehörde erfolgen. Die Zuständigkeit der Innungs-Schiedsgerichte erleidet durch das Gesetz keine Einschränkung. Die sachliche Zuständigkeit der Gewerbe- und Fabrikbetriebe, die örtliche auf bestimmte Theile des Gemeindebezirks beschränkt werden. Gewerbe-gerichte können auch für den ganzen Bereich eines weiteren Communalverbandes eingerichtet werden. Die Kosten der Gerichte tragen die beteiligten Communalverbände. Ein Gewerbegericht kann aus mehreren Abtheilungen bestehen. Der Vorsitzende des Gerichts und der Stellvertreter wird vom Magistrat bezw. der Gemeindevertretung gewählt und unterliegt der Bestätigung der höheren Verwaltungsbehörde. (In dieser Bestätigung scheiterte ein früherer Entwurf im Reichstage). Mitglieder des Gewerbegerichts müssen das 30. Lebensjahr vollendet, in den letzten drei Jahren eine Armenunterstützung nicht empfangen und in dem Bezirk des Gerichts seit mindestens zwei Jahren Wohnung oder Beschäftigung haben. Der Vorsitzende darf weder Arbeitgeber, noch Arbeiter sein. Die Beisitzer werden zur Hälfte aus den Arbeitgebern, zur Hälfte aus den Arbeitern entnommen, und zwar die ersteren mittels Wahl der Arbeitgeber, die letzteren mittels Wahl der Arbeiter. Das Wahlrecht ist abhängig vom 25. Lebensjahr und einer Wohnung oder Beschäftigung seit mindestens zwei Jahren in dem Bezirk des Gerichts. Der Entwurf ordnet das Verfahren vor dem Gericht an, welches im allgemeinen sich nach dem amtsgerichtlichen Verfahren richtet. Das Gericht soll in der Regel in der Besetzung von drei Mitgliedern mit Einschluß des Präsidenten verhandeln und entscheiden können, Arbeitgeber und Arbeiter müssen in gleicher Zahl zugezogen sein. Sodann enthält der Entwurf einen Abschnitt über das Einigungsamt. Als Einigungsamt kann das Gewerbegericht in Fällen von Streitigkeiten über die Bedingungen des Arbeitsverhältnisses fungieren, wenn es von beiden streitenden Theilen angerufen wird. Das Einigungsamt ist dann zu besetzen neben dem Vorsitzenden mit vier Beisitzern, Arbeitgebern und Arbeitern in gleicher Zahl. Das Gericht kann sich durch Zuziehung von Vertrauensmännern der Arbeitgeber und Arbeiter in gleicher Zahl ergänzen. Die Beisitzer und Vertrauensmänner dürfen nicht zu den Beteiligten gehören. Ueber die Erzwingung eines Schiedspruchs des Einigungsamts enthält der Entwurf keinerlei Bestimmung. Die Befolgung des Schiedspruchs ist also der freiwilligen Unterwerfung unter denselben anheimgegeben.

Die Nachricht, welche einigen Blättern zugegangen, daß der Gesetzentwurf über die Aufbesserung der Beamtengehälter dem Landtage noch vor der Vertagung des Abgeordnetenhauses zugehen werde, ist gänzlich unbegründet. Von unterrichteter Seite wird mitgetheilt, daß die Vorarbeiten für diese Vorlage noch lange nicht abgeschlossen und die Fertigstellung vor dem Monat März schwerlich zu erwarten ist. Auch die Secundärvorlage geht dem Abgeordnetenhaus nicht vor der Vertagung zu.

Mit dankenswerther Offenheit hat der frühere Minister des Innern, Herr von Buttkamer, der Freund, Leiter und langjährige erste Gehilfe des Reichs-Lanzlers, vor seinen Wählern in Stolp am vorigen Freitag sein Programm für die Zukunft enthüllt. Hier haben wir es nicht mit einem beliebigen Leitartikel der „Kreuztg.“ oder einer Lieblingsidee eines beliebigen Conservativen zu thun, sondern mit dem durchdachten Programm desjenigen Staatsmannes, den noch zu Neujahr 1889 der Kaiser mit der Verleihung des Schwarzen Adlerordens ausgezeichnet hat und der nach seiner Wahl in Stolp der anerkannte Führer der conservativen Partei des Reichstags und damit der Hauptarmee des Cartellbundes sein wird. Worin nun besteht das neue Programm des Herrn v. Buttkamer? Erstens in der Einführung des obligatorischen Befähigungsnachweises für Handwerker, d. h. des Prüfungszwangs und der Abgrenzung der Befugnisse der einzelnen Gewerke gegen einander. — Zweitens. Die Freizügigkeit der Arbeiter soll im Interesse der Großgrundbesitzer beschränkt werden. — Drittens. Die Volksbildung darf nicht hinausgehen über dasjenige Maß, welches die Herren Conservativen als Bedürfnis zur Aufklärung des Volkes ansehen. — Viertens. Das Socialistengesetz ist womöglich noch zu verschärfen. Sollte es in dieser Weise nicht zu Stande kommen, so ist der kleine Belagerungszustand durch den großen Belagerungszustand auf Grund des Gesetzes von 1851 zu ersetzen. — Fünftens. Der Volkvertreter ist jede Einwirkung auf die Staatsleitung vorzuenthalten, die „auf die schiefe Ebene des Parlamentarismus führen würde“, denn „die Dynastie ist auch ohne Verfassung denkbar“. — Man ersieht hieraus wieder, daß die Verfassung durch conservative Wahlen gefährdet ist.

Im Wahlkreise Siegen sieben zwei conservative Männer einander gegenüber, welche irdische Wahlhülfe nicht zu brauchen scheinen. Der eine ist Hofprediger Stöder, der sich bekanntlich stets für sein politisches Treiben auf den lieben Gott zu berufen pflegt, der andere ist der Missionsinspector Fabri, welcher von sich sagt, daß er die „stille Gewißheit“ habe, „daß die an sich mir unliebe Gegenüberstellung zu Stöder auch nicht ohne göttliche Schickung geschehen sein wird, wenn augenblicklich auch fast nur das Unangenehme derselben sich vor Augen stellt“. — Welche Begriffe vom lieben Gott müssen diese Menschen haben!

Dem Kreuzzeitungs-Redacteur Herrn von Hammerstein ist in Bielefeld auch ein conservativer Candidat, der Landrath v. Dittfurth, gegenübergestellt worden.

Der Samoavertrag ist nach einem Wolff'schen Telegramm aus Washington am Dienstag von dem dortigen Senat ratificirt worden.

Die erste Commission des Antislavereicongresses hat die Maßregeln, betreffend den Schutz der Karavanenstrassen und die Verhinderung des Sklavenhandels zu Lande durchberatet. Ueber die Mehrzahl der notwendigen Anordnungen wurde ein Einverständnis erzielt.

Das österreichische Justizministerium hat zwei Verordnungen erlassen, betreffend die Einsetzung einer Commission bei dem Oberlandesgericht Prag behufs theilweiser Umgestaltung gewisser Bezirks- und Kreisgerichtsprengel und betreffend die Besetzung der Dienststellen bei den böhmischen Gerichten. Diesen Verordnungen gemäß sollen die Sprengel der Bezirksgerichte und Kreisgerichte Eger, Brüx, Leitmeritz, Böhmisch-Tepla, Reichenberg, Budweis und angrenzende Sprengel mit Berücksichtigung der Wünsche der Bevölkerung, sowie der Communications- und Verkehrsverhältnisse derart umgestaltet werden, daß die Gerichtsprengel möglichst nur Gemeinden derselben Nationalität umfassen. Zu diesem Behuf wird das Oberlandesgerichtspräsidium zu Prag ersucht, eine Commission richterlicher Beamten einzusetzen, welcher ein Vertreter der Statthalterei und zwei Vertrauensmänner, von denen je einer durch Krieger und Schmeykal zu bestimmen sind, beizuziehen sind. Eine zweite Verordnung betrifft die Besetzung von Rathsstellen, die Behandlung der Personal- und Disciplinargelegenheiten beim Oberlandesgericht Prag, sowie die Besetzung von Dienststellen bei den Gerichten erster Instanz und den Staatsanwaltschaften in Böhmen.

Der Zustand des Grafen Andrássy ist sehr besorgnißerregend.

In der gestrigen Sitzung der belgischen Deputirtenkammer befragte der Abg. Carlier den Minister der Auswärtigen Angelegenheiten bezüglich der Gerichte über einen Vertrag zwischen Deutschland und Belgien. Der Minister erwiderte: Belgien wird keinen Vertrag annehmen, außer einen solchen, welcher seine Neutralität sicher stellt, kein Belgier kann in dieser Beziehung irgend welche Zweifel hegen; unsere Sympathien sind die gleichen für alle Nachbarstaaten. Es ist von geringer Bedeutung, daß einzelne Individuen aus imaginären oder gestohlenen Documenten Geld herauszuschlagen. Wir sind frei und gedanken frei von allen Verbindlichkeiten zu bleiben. Die Thatsache, daß kein Mitglied der Kammer meine Erklärung lägen strafen wird, ist genügend, die öffentliche Meinung in Frankreich zu befriedigen.

Die französische Kriegsmarine soll im nächsten Jahre vergrößert werden, u. zw. um 10 Panzerschiffe, 11 Kreuzer, 2 Torpedokreuzer, 5 Torpedobojen, 2 Panzeranonenboote, 1 Transportavisio und 47 Torpedoboote.

Der Herzog von Montpensier ist vorgestern Abend 8 Uhr plötzlich in Madrid gestorben. Antoine Marie Philippe Louis von Orleans, Herzog von Montpensier war 1824 als fünfter Sohn des nachmaligen „Königs“ Louis Philippe von Frankreich geboren. Nach mehrjähriger Theilnahme an dem Kampfen in Alger vermählte er sich 1846 mit der Infantin Louise von Spanien. Mehrmals versuchte er, den Thron von Spanien zu erringen. Eine 1868 zu diesem Zwecke angezettelte Verschwörung wurde entdeckt, und er mußte Spanien verlassen. Nach der Vertreibung der Königin Isabella im Herbst 1868 machte er neue Versuche, König zu werden, jedoch vergeblich, ebenso 1870. Seitdem ist er weniger an die Öffentlichkeit getreten. Seine älteste Tochter ist die Gemahlin des Grafen von Paris, seine dritte war die nach kaum halbjähriger Ehe verstorbene erste Gemahlin des verstorbenen Königs Alfons XII. von Spanien. Sein Sohn Anton, der jetzige Herzog von Montpensier, ist mit der Infantin Catalina, der jüngsten Tochter der Königin Isabella, vermählt.

Hinsichtlich des englisch-portugiesischen Conflictes wird gemeldet: Portugal würde eine Erleichterung des Streifgebietes durch die Brüsseler Konferenz annehmen, eine besondere wäre ihm aber angenehmer. Wie die Gesandten melden, seien Spanien, Frankreich, Italien, Oesterreich und Rußland der Konferenz geneigt; Deutschland sei nicht abgeneigt, aber zurückhaltender. Es geht das Gerücht, der englische Gesandte in Portugal habe geprüchelt geäußert, England werde die Konferenz annehmen. — Für den Norden Portugals hat sich in Oporto zum Zweck der Agitation gegen England eine Patriotenliga gebildet. Als Präsident wurde einstimmig der in Portugal sehr beliebte Dichter und Philosoph Antero Quental gewählt.

Das jetzige rumänische Ministerium ist einig darin, daß früheres Ministerium Brătianu in Anklagezustand zu versetzen, es ist bereits der Wortlaut einer eventuell in der Kammer abzugebenden bezüglichen Erklärung festgestellt worden.

Bulgarien ist einer großen Gefahr entronnen. Zur Angelegenheit Panika meldet die „Allg. Reichs-Corr.“, daß thatsächlich eine große Verschwörung entdeckt worden ist. Die Verschworenen wollten in der Nacht zum Sonntag bei Gelegenheit eines Hofballs das Palais umzingeln, den Prinzen Ferdinand und die versammelten Minister gefangen nehmen und Mutterow sowie Stambulow erschließen. Die bei Major Panika vorgenommene Hausdurchsuchung ergab sehr belastendes Material. Man zweifelt nicht, daß auswärtiger (russischer?) Einfluß bei dieser Verschwörung mit im Spiele ist. — Nicht so sensationell lautet die neueste Meldung aus Sofia: „Dem Journal „Swoboda“ zufolge erfolgte die Verhaftung des Majors Panika wegen seines Verhaltens an öffentlichen Orten und wegen beleidigender Aeußerungen gegen die höchsten Behörden. Außerdem soll Panika einige Militär- und Civilpersonen zu ungesetzlichen Acten verleitet haben. Sechs Personen, darunter drei Cavallerie-Unterofficere, wurden als Mitschuldige verhaftet.“

Grünberger und Provinzial-Nachrichten.

Grünberg, den 6. Februar.

* Politische Vorträge seitens der freisinnigen Partei werden in unserm Wahlkreise in den nächsten Tagen gehalten am:

Freitag: Abends 7 Uhr in Schertendorf im Gasthose des Herrn Flege (Redner: Redacteur Langer-Grünberg);

Abends 7 1/2 Uhr in Alt-Tschau im Hensel'schen Saale (Redner: Redacteur Bed. Slogau).

Sonnabend: Abends 8 Uhr in Herzogswaldau im Gasthause des Herrn Wilder (Redner: der Candidat Rentier L. Jordan-Berlin).

Sonntag: Nachmittags 4 Uhr in Frensdorf im Gasthose des Herrn Wolfram (Redner: der Candidat Rentier L. Jordan-Berlin);

Nachmittags 4 Uhr in Kolzig im Gasthose des Herrn Nowotnik (Redner: Redacteur Bed. Slogau);

Nachmittags 4 Uhr in Deutsch-Wartenberg (Redner: Redacteur Langer-Grünberg);

Abends 7 1/2 Uhr in Rontopp im Lindner'schen Saale (Redner: Redacteur Bed. Slogau);

Nachmittags in Schlawa (Redner: Redacteur Dürholt-Hirschberg).

Montag: Abends 7 Uhr in Lanitz im Gasthose des Herrn Näbiger (Redner: Redacteur Langer-Grünberg).

Dienstag: Nachmittags 5 Uhr in Droschkau bei Herrn Gastwirth Bede (Redner: Redacteur Langer-Grünberg);

Abends 7 1/2 Uhr in Saabor bei Herrn Gastwirth Rißmann (Redner: Redacteur Langer-Grünberg).

* Nächsten Sonntag Abend beabsichtigte unser Redacteur Carl Langer auch in Bovernig einen politischen Vortrag zu halten. Das Local war bereits bestellt, Herr Gasthofbesitzer Lubig hatte dasselbe zugesagt. Da lief gestern die Nachricht hier ein, daß der betreffende Gastwirth das schon zugesagte Local neuerdings verweigert habe. Man weiß aus langjähriger Erfahrung, wie solch ein Gastwirth von den conservativen Herren bearbeitet wird, um eine gegebene Zusage zurückzuziehen. Die conservativen Herren fürchten sich eben davor, daß den Landeuten die Wahrheit gesagt wird, und deshalb wenden sie die äußersten Drohungen gegen die Gastwirth an, um dies zu verhindern. Die Socialdemokraten boycottiren einen solchen Gastwirth, sie erklären, daß kein Socialdemokrat sein Local mehr zu betreten hat. Die öffentliche Aufforderung an die Gesinnungsgenossen, ein solches Local zu meiden, um dadurch die Gastwirth zu zwingen, in Zukunft die Localen zuzugeben, ist aber nach einigen richterlichen Erkenntnissen strafbar. Wir richten deshalb keine derartige Aufforderung an unsere Parteigenossen, sondern überlassen es denselben, Stellung zu dieser Frage zu nehmen. — Sehr treffend bemerkt zu dieser Angelegenheit der „N. Odrf. Anz.“: „Eins der schlechtesten und zugleich gefährlichsten Mittel zur Bekämpfung der Gegner im Wahlkampfe ist die Verweigerung von Sälen zu Wählerversammlungen. Eins der schlechtesten, weil es eine plumpe Gewaltthat zur Unterdrückung der Redefreiheit ist und gleichzeitig das offene Eingeständniß des eigenen Unvermögens, mit geistigen Waffen zu siegen, enthält. Eins der gefährlichsten, weil es gerade in seiner Eigenschaft als Gewaltmittel die Neigung zu Gewaltthätigkeiten hervorruft. Es ist eine alte Erfahrung, daß Nichts die Gemüther so tief erregt, als die Unterdrückung der Rede- und Pressfreiheit, und daß sich schließlich immer, wenn auch zeitweise die Fälligung der öffentlichen Meinung gelungen ist, die Massen gegen die Unterdrücker erhoben haben. Unsere Zeit mit ihren schroffen Gegensätzen auf sozialem Gebiete ist wahrlich nicht zu solchen Verjüngen, politische Gegner mundtödt zu machen, geeignet, vielmehr haben alle Parteien, welche auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung stehen, das lebhafteste Interesse daran, jede weitere Verbitterung unter den Wählern zu vermeiden.“

* Der Bruch des Kartells ist auch bei uns erfolgt. Wie aus einem heutigen Inserat zu ersehen, sind die Nationalliberalen des Wahlkreises Grünberg-Frensdorf durchaus nicht willens, sich bei der Reichstagswahl von den Deutschconservativen in's Schlepptau nehmen zu lassen. Der nationalliberale Verein hat vielmehr, sicher im Einklang mit seinen Parteifreunden, in seiner letzten Sitzung beschlossen, es den Parteimitgliedern zu überlassen, wie sie sich bei der Wahl verhalten wollen. Wir hatten schon vor einiger Zeit erwähnt, daß hiesige Nationalliberale, mit welchen wir persönlich Rücksprache genommen, durch auf dem Standpunkte des nationalliberalen Landgerichtsraths v. d. ... stehen, welcher bekanntlich liberalen Parteiverfammlungen Beifall seiner Gesinnung Nationalliberalen ... Wählern verliert die Wahl ein ... beamten eintr ... Herr v. d. ... Herr Landrath ... müsse er sich ... beamter ... Stellung ... nur d ... Vor ... obige

gedeutet werden, daß unter allen Umständen dem Landrath die Stimme nicht gegeben werden soll. Wie wir außerdem noch in Erfahrung gebracht haben, hat der Vorstand der nationalliberalen Partei in einem energischen Schreiben an den Vorstand der conservativen Partei diese für den Bruch des Cartells verantwortlich gemacht.

* Herr Landrath Neumann-Freystadt, der conservative Reichstagscandidate, wird am Sonntag hier in Finke's Local sprechen. Wir ersuchen diejenigen unserer Parteifreunde, welche etwa die Neugier dahin führen sollte, ihrer gegnerischen Ueberzeugung keinen Ausdruck zu verleihen, damit man nicht von uns sagen könne, wir suchten die Versammlungen der politischen Gegner zu stören oder zu sprengen.

* In der am 3. d. M. in Liegnitz stattgefundenen Vorstandssitzung des Niederschlesischen Sängerbundes ist der 20. Juli als Festtag für das Grünberger Sängerfest bestimmt worden, da die meisten Einzel-Vereine des Bundes sich für diesen Tag entschieden haben.

* In der am 4. d. Mts. abgehaltenen Vorstandssitzung des hiesigen Krieger- und Militär-Vereins wurden zu Compagnieführern für die 1. Compagnie Herr Kaufmann Krumnow, für die 2. Herr Sattlermeister Hänisch, für die 3. Herr Kaufmann O. Busch, und für die 4. Herr Schuhmachermeister H. Zubeil gewählt. Die Nachfeier des Geburtstages des Kaisers wird am 1. März durch Theater, lebende Bilder, Concert und Ball in Finke's Saal gefeiert. Mts Vereinsbote wurde Schuhmacher Hartke gewählt.

* Die Vertretung des erkrankten Kreisaußschuß-Secretärs Brachvogel, zugleich in seiner Eigenschaft als Kreis Communal- und Sparcassen-Controleur, ist vom 2. d. M. ab bis auf Weiteres dem Gerichtsdiätar Theobald Weise aus Bosen übertragen worden. Die Vertretung in der Rentdantur der Kreis-Trichinen-Versicherungs-Anstalt verbleibt einstweilen dem Bureau-Gehülfen Schröder.

* Gestern Abend veranstaltete der Zauberkünstler Thilo seine erste Soirée in Finke's Saal. Das große Local war nahezu gefüllt und Herr Thilo erntete reichen Beifall seitens des Publikums, welches an derartigen Dingen Gefallen findet. Der gestrige Erfolg hat Herrn Thilo bewogen, nochmal morgen Abend eine Vorstellung zu geben, zu der sich ja wohl auch zahlreiche Zuschauer einfinden werden.

* In einem hiesigen Geschäft wurde vorgestern ein falscher Zinscoupon über 6 Mark zur preuß. conf. 4% Staats-Anleihe Litt. G. Reihe I. Nr. 20 in Zahlung gegeben. Leider wurde die Fälschung, obgleich nicht schwer ersichtlich, nicht sofort bemerkt und eine nachträgliche Ermittlung des Ausgebers ist nicht mehr möglich gewesen. Der Coupon ist durch Buchdruck hergestellt; die auffälligen Merkmale sind das Fehlen des Trockenstempels und des um die unteren Ecken gehörigen Ungültigkeitsvermerks, sowie die Angabe der Nummer (19,583) in Rundchrift statt gewöhnlicher Druckschrift. Die Zahl 6 bei der Werthangabe ist ganz fett gedruckt. Das Papier weicht in der Festigkeit von dem der echten Coupons ebenfalls ab.

* Gestern Nachmittag verunglückte die in der Spinnerei des Herrn Fickelcherer beschäftigte Arbeiterin Johanne Schulz von hier beim Ausschlagen des Wolkes, indem sie mit dem rechten Arm vom Riemen erfaßt und dadurch ein Bruch des rechten Armes am Handgelenk herbeigeführt wurde. Ärztliche Hilfe war sofort zur Stelle.

* Das selbst unbewohnte, noch im Bau begriffene Häuser vor nächtlichen Besuchen seitens Unberufener nicht mehr sicher sind, beweist folgendes Vorcommiss: In der Nacht vom 29. zum 30. v. Mts. wurde in dem noch nicht fertig gestellten Schützenbause zu Deutsch-Wartenberg ein Einbruchdiebstahl verübt. Die Diebe, welche mit den Verlichtheiten vertraut gewesen sein müssen, entwendeten aus dem Tanzsaal ein Zimmermannsbeil, einiges Handwerkszeug und eine Arbeitshose.

* Schöffensitzung vom 6. Februar. Schöffen: die Herren königl. Baurath Weinert von hier und Rentmeister Utkal aus Saabor. — Der Gärtner H. aus Woitschete hatte einen Strafbefehl in Höhe von 9 M. event. 2 Tagen Haft erhalten, weil er am 15. November v. J. Abends nach 11 Uhr in Woitschete ungebührlicher Weise ruhestörenden Lärm erregt haben sollte. Er erhob dagegen Einspruch und erfolgte, da die Uebertretung nicht genügend festgestellt werden konnte, die Freisprechung. — Die Wittve Anna Dorothea K. aus Schertendorf hatte ebenfalls einen Strafbefehl in Höhe von 1 M. event. 1 Tag Haft erhalten, weil dieselbe am 12. November v. J. unbefugterweise über das bestellte Saatfeld des Gärtners Christian Seifert ebendasselbst gegangen sein sollte. Sie wurde ebenfalls freigesprochen, da die Uebertretung nicht genügend festgestellt werden konnte. — Die Einwohnermittlewe Hedm. Bobernig war angeklagt, in der Nacht vom 24. October v. J. dem Maurer Bernig 5 Gebund Rohr im Werthe Zweck der Abfuhr auf der an des B. lagerten, gestohlen die Uebertretung nicht

genügend festgestellt werden konnte, freigesprochen. — Der Hausbäcker Ernst St. von hier war angeklagt, im Jahre 1889 durch wiederholte selbstständige Handlungen einem hiesigen Kaufmann Materialwaaren im Werthe von zusammen 89,32 M. in der Absicht, dieselben sich rechtswidrig zuzueignen, weggenommen zu haben; er wurde deshalb zu 3 Monat Gefängniß verurtheilt. — Gegen den Tagearbeiter August D. von hier lag die Anklage vor, am 9. December v. J. einem hiesigen Glasermeister einen Kinderschlitten im Werthe von 30 M. in der Absicht rechtswidriger Zueignung weggenommen zu haben. Da der Angeklagte nicht erschienen war, wurde die Sache vertagt und ein neuer Termin anberaumt.

* Deutsch-Wartenberg, 5. Februar. Die seitens des deutschfreisinnigen Wahlcomités für Sonntag, den 9. Februar Nachmittags 4 Uhr im hiesigen Rathstellersaale anberaumte Wähler-Versammlung dürfte sich eines zahlreichen Besuches zu erfreuen haben. — In der gestrigen General-Versammlung des hiesigen Männer-Gesang-Vereins, welche von 28 Mitgliedern besucht war, wurden die Herren Lehrer Pöhl von hier zum Dirigenten, Britsch-Gödeldorf zu dessen Stellvertreter, zum Mentanten Herr Schuhmachermeister Effenberger, zum Schriftführer Herr Friebe und zum Bibliothekar Herr Fiedler gewählt. — Durch das Steigen des Oberwassers ist auch das Wasser in der Del und Schwarze über die Uferhöhe gestiegen. Ein Schaden ist glücklicherweise nicht entstanden.

* Einem geschickten Schwindelmannver sind eine ganze Anzahl von Hotelwirthin und Geschäftleuten in den Provinzen Brandenburg, Schlesien, Mecklenburg, Sachsen und Pommern zum Opfer gefallen. Es erschien nämlich bei denselben ein Individuum, das sich Liedtke nannte und vorgab, Reisender der Annoncenerpedition Haafenstein & Vogler zu sein, welche letztere den Annoncentheil von Koenig's Curbbuch gepachtet habe. Der würdige Annoncensammler hat nun flottweg Annoncenaufträge in Höhe von 1,50—30 M. entgegengenommen und, da der famose Reisende wochenlang in diesem Geschäft gereist zu sein, eine ganze Reihe von Geschäftsleuten nicht unerheblich geschädigt, denn alle Angaben waren erlogen, und es giebt gar keinen Annonceneredirenden für Koenig's Curbbuch. Die Angelegenheit ist natürlich bereits der Staatsanwaltschaft übergeben worden und es wird hoffentlich gelingen, dem Herrn Liedtke sein einträgliches Geschäft zu legen. Da nicht ausgeschlossen ist, daß der Schwindler sein Manöver wiederholt, so würde eine sofortige Anzeige an die Polizeibehörde beim Lufttauchen eines solchen Reisenden am Platze sein.

— Aus Tschierzig wird dem „Zäll. Wochenbl.“ vom 3. Februar gemeldet: Die ersten Dampfer (Agnes und Alfred) passirten am 31. v. Mts. mit Schlepplagen in der Richtung nach Breslau die hiesige Oderbrücke. — Heute bot sich den Zuschauern von den Oberweibern aus das interessante Bild eines Dampferwettkfahrens. Drei Dampfer schienen sich, unter Aufbietung der ganzen Kräfte, zu bemühen, mit ihren dahinter hängenden Zügen, des eingetretenen Eisganges wegen den Schuß gewährenden Hasen zuerst erreichen zu wollen. Der zu Hilfe eingetroffene Dampfer „Amalie“ hatte sich als Vorspann vor den Dampfer „Kaiser Friedrich III.“ gelegt und nun ging es, was die Schaufeln halten konnten, mit vereinten Kräften daran, den Dampfer „Neu-Mark Brandenburg“ mit seinen dahinter hängenden 18 Fahrzeugen anzufischen, wogegen dieser unter Neutzen und Reuchen weiter nichts zu thun vermochte, als aus seinem Schornstein dicke schwarze Rauchwolken und Feuerfunken zu speien. Das sprühende Hochwasser und der auf der Ober lagernde Rauch der drei Feueresseln muß wohl den ältesten Hecht wie das jüngste Fischlein in dieser Jahreszeit glauben gemacht haben, der Erfinder der Oderheizung habe sein Project verwirklicht.

— Die Arbeiten auf der Bahnstrecke Freystadt-Sagan sind wieder in Angriff genommen worden. Auf dem Bahnhof zu Freystadt wird sich in Kürze eine recht rege Baulust entwickeln, da einige Geschäftleute Schuppen und Remisen zur Aufnahme von Frachtgütern zu bauen gedenken.

— Im Wahlkreise Sorau hat die freisinnige Partei den Grubenbesitzer Herrn Cuno Jeschke zu Nieder-Zeher bei Psörten als Candidaten für die bevorstehende Reichstagswahl aufgestellt. Abg. Eugen Richter wird am nächsten Sonntag zur Unterstützung der Candidatur Jeschke in Forst i. N.-L. sprechen.

— Am Dienstag Nachmittags zwischen 5 und 6 Uhr geriet in der Nähe der Färberei der Herren Fischer u. Co. ein Sommerfeld der Fuhrwerk auf unaufgeklärte Weise in die Lubis, wobei der Kutscher in das Wasser fiel. Durch zufällig des Weges kommende Arbeiter wurde der Verunglückte mittels eines Feuerhakens dem nassen Clement entrissen. Der Wagen wurde am andern Morgen aus dem Wasser geholt.

— Auf dem Bahnhof zu Görlitz wurde der Rangirer Bächner am Sonnabend überfahren. Der Unglückliche, welchem beide Beine zermalmt waren, verschied an demselben Abend.

Bermischtes.

— Zur sächsischen Bergarbeiter-Bewegung wird aus Zwickau gemeldet: Nachdem der Verein für bergbauliche Interessen die Forderungen der Arbeiter auf 3 M. 50 Pf. Schichtlohn, achtstündige Arbeitszeit, 50 pCt. Zuschlag für Ueberschichten, sowie die sonstigen Ansprüche abgelehnt hatte, hat auch eine hier abgehaltene Versammlung sämtlicher Werksbesitzer und Werkvertreter diese für unerfüllbar und maßlos erklärt. Ebenso wurde in der Versammlung beschlossen, nur mit den legal gewählten Knappschaftsvertretern zu verhandeln und die von den öffentlichen Versammlungen gewählte Zwölfercommission, welche jene Forderungen aufgestellt hatte, nicht mehr zu berücksichtigen. Da die Lage einen kritischen Charakter angenommen, hat der Verband der sächsischen Berg- und Hüttenbesitzer, der sich vorläufig von der Bewegung zurückgezogen hatte, bekannt gegeben, daß er sich durch die Verhältnisse gezwungen sehe, zu der Frage Stellung zu nehmen. Inzwischen warnt der Vorstand vor unüberlegten Handlungen, auch er bietet er sich, die Beschwerden entgegen zu nehmen, um auf geseglichem Wege Abhilfe anzustreben.

— Zur rheinisch-westfälischen Bergarbeiter-Bewegung wird aus Schweiler vom 4. d. M. gemeldet: „Die gestern in Ulsdorf stattgehabte Versammlung der Bergarbeiter beschloß, sich nach den gestern in der Versammlung der Bergarbeiter zu Schweiler gefaßten Beschlüssen zu richten. Somit ist auch dort die Ausstandsgesahr beseitigt.“

— Die Arbeitseinstellung der Hamburger Schiffszimmerleute wurde in einer vorgestern Abend stattgehabten Versammlung der Schiffszimmerleute in geheimer Abstimmung mit 280 gegen 128 Stimmen für beendet erklärt.

— Schlimme Fahrt. Der vorgestern in New-York angekommene Dampfer der Hamburg-Amerikanischen Packetfahrt-Actiengesellschaft „Gellert“ hat eine sehr stürmische Ueberfahrt gehabt und war in Gefahr unterzugehen. Am 29. Januar Mittags kollidirte das Schiff mit einem Eisberge und erlitt zwei Stöße. Die Passagiere verlangten eine Untersuchung, welche ergab, daß in den Verschlüssen zwei große Löcher gestochen waren. Somit war das Schiff unversehrt und kam glücklich in New-York an, nachdem es noch zwanzig Eisberge passirt hatte.

— Niedriger hängen! In welcher gemeiner Weise der wackere und unerbrochene Wortkämpfer der Sache des Volkes, Herr Eugen Richter, von der Cartelpresse beschimpft wird, darüber giebt das folgende Aufschluß. Das in Bochum erscheinende „Rheinisch-Westfälische Tageblatt“ brachte kürzlich aus Anlaß des Vortrages des Abgeordneten Eugen Richter im Arbeiter-Verein zu Charlottenburg über den Fürsten Bismarck und die Lebensmittel-Preuerung am Schlusse eines Leitartikels folgende Wahlpoesie:

Der Dichter.
„Herr Eugen Richter
Verleumdung bricht er
Vom Zaun in dichter
Fälle. Das Gelichter
Des Freisinn's besticht er
Durch Frechheit; — Drum ist ein Nicht er
Desselben. Und mit dem Trichter
Der Dummheit fällt er schlüchter
Menschen Gehirn. Nie ist erpicht er
Auf ehrlichen Kampf: nie hält er für Pflicht er,
Dem Gegner in dem er erblickt seinen Richter,
Zu bieten die Stirn. Drum ist ein Nicht er,
Ein feiger! Auf Weir'ses verzicht' er.“

Die Wähler werden auf dieses elende Machwerk am 20. Februar die richtige Antwort zu geben wissen.

— Eine elektrische Briefbeförderung soll zwischen Buenos-Ayres und Montevideo am 1. April d. J. in Betrieb treten. Wie die „La Plata-Zeitung“ schreibt, hat es eine Gesellschaft übernommen, die nahezu 300 Kilometer lange Strecke mit zwei elektrischen Drahtstangen zu überspannen, an denen die Briefe in kleinen Kästchen innerhalb zweier Stunden von der Hauptstadt Uruguays nach derjenigen Argentiniens befördert werden sollen. Den etwa 30 Kilometer breiten La Plata-Strom werden die Drähte in einer Höhe von 80 Metern überspannen, welche durch zwei massive Thürme zu beiden Seiten des Stromes gehalten werden.

Wetterbericht vom 5. und 6. Februar.

Stunde	Barometer in mm	Temperatur in °C.	Wind-richt. u. Wind-stärke 0-6	Luft- feuchtig- keit in %	Bewöl- kung 0-10	Wetter- lage.
9 Uhr Ab.	749.7	- 3.8	WS 1	95	10	
7 Uhr Morg.	751.3	- 3.6	WS 2	91	10	
2 Uhr Nm.	752.8	- 1.0	WS 2	88	10	

Niedrigste Temperatur der letzten 24 Stunden — 4.2°
Witterungsaussicht für den 7. Februar.
Trübes, zeitweise nebligtes Wetter ohne wesentliche Temperaturänderung mit wenig Niederschlag.

...irte, leistungsfähige
u. chem. Wäscherei
... die (gegen Geschäfte in Berlin u.)
... bietet durch
... für Porto und Verpackung.
... Herren-Garderobe (auch un-
... Stoffen, Handschuhen. — Gültig zum
... Farben und Vermittlung bei
... Wäsche, Glasserstr. 5, Grünberg.

Eine ganz reizende Figur erhält jede Dame durch meine **Corsets „Gacon Elsa“**, welche ich in allen Weiten bietet mein Lager eine hervorragende Auswahl von elegant sitzenden Corsets in allen Preislagen.
Ferdinand Schück.

Jeden Freitag hora 8.

Merkur.

Sonnabend, den 8. Februar, Abends 8 Uhr, in der Hofsource: Vortrag des Herrn Dr. Müllendorff aus Breslau über:

„Das Leben der Tüchinnen.“
Gäste können durch Mitglieder eingeführt werden. Billets beim Vorsitzenden.

Gesundbrunnen.

Sonnabend, den 8. Februar:
Großes Bockbierfest
im festlich decorirten Saal.
Die neuesten humoristischen Bocklieder, sowie die beliebtesten scherzhaften Bockkappen vorrätzig, Bockwürstchen u.
Große Bock-Polonaise.
Einen lustigen gemütlichen Abend prophezeit, ladet hierzu um recht zahlreichen Besuch ergebenst ein
Ernst Schmid.

Louisenthal.

Sonnabend, den 8. Februar:
Großes Eis-Corso-Fest
mit brillanter Illumination und bengalischer Beleuchtung.
Nachher: Tanzkränzchen.
Barndtsche Mühle.
Eisbahn gut.
Café Waldschloss.
Empfehle meinen Saal mit Bühne und Flügel zu Bällen, Hochzeiten u. Privatfestlichkeiten. Gute Küche, ff. Weine, prompte Bedienung. **H. Bester.**

Eisbein-Essen,

heut Donnerstag, d. 6. d., Abends, ladet ergebenst ein
Ertel,
Deutsches Haus.

Schützenhaus.

heut Freitag **Plinze.**
Zur Fastnacht
Sonntag, den 9. d. M. ladet ergebenst ein
W. Neumann, Droschkaidau.
Sonntag, den 9. d. Mts., ladet zur
Fastnacht ergebenst ein
H. Fietze, Schertendorf.

Künftigen Sonntag ladet zur
Fastnacht
freundl. ein **W. Klopsch, Wilhelminenthal.**
Auf Sonntag, den 9. Februar, ladet zur
Nachfastnacht

ergebenst ein
Herrmann Giller, Ludwigsthal.
Zur **Fastnacht,** Sonntag, den 9. d. Mts., ladet ergebenst ein
Liers, Gastwirth, Prittag.

Frauen-Verein Grünberg.
Durch Herrn Director Stolz empfing unsere Kasse von den Aufführungen des Festspiels: Die heilige Elisabeth 72,05 M. Wir danken herzlich.
Der Vorstand.

Sehr schönes gutes **Hansbäcker-Brot** in bekannter Größe und Güte empfiehlt
L. Kupsch.

Fr. Salz- u. Schaumbrezeln b. Alb. Peltner.

ff. Bienenhonig

empfehlen
Oskar Neumann, Silberberg.

Apfelsinen und Citronen

empfehlen
C. Herrmann.

Extrafettes Rind-, Schwein- und Kalbfleisch empfiehlt
G. Walter, Niederstr. 43.

Freitag, den 7. Februar, und Sonnabend früh **fettes Hundesteisch** bei
H. Pfennig in Poln.-Kessel.

Wachspflanzen u. Pflanzenmus, sehr schön, à Pfd. 20 Pfg. bei **L. Kupsch.**

Original-Loose,

sowie Antheilscheine zur Berliner Schloßfreiheit-Lotterie zu haben bei
Robert Grosspietsch.

Gewerbe- u. Gartenbau-Verein.

Freitag, den 7. d. Mts., Abends 8 Uhr, Vortrag des Herrn **August Förster: Mittheilungen aus dem Gebiete des Weinbaues.** Freier Zutritt für Jedermann.

Finke's Saal. Thilo-Theater.

Auf allgemeines Verlangen. Auf allgemeines Verlangen.
Freitag, den 7. d. Mts.:

Unwiderruflich letzte Vorstellung
des Sensations-Illusionisten **J. Thilo.**
Mit ganz neuem Programm.

Ganz neu: Der Teufel auf der Hochzeit.

Die Zwischenpausen werden durch Musikvorträge ausgefüllt.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.
Entree: Nummerirt. Platz 75 Pf., I. Platz 50 Pf., II. Platz 30 Pf., Galerie 20 Pf.

Vorläufige Anzeige.

Finke's Etablissement.

Hierdurch erlaube ich mir ergebenst anzuzeigen, daß
Dienstag, den 18. d. Mts.:

Grosser Maskenball

stattfinden wird.
Alles Nähere wird durch spätere Anzeigen bekannt gemacht werden.
B. Finke.

Frauen-Verein Grünberg.

Die für unseren Verein bestimmten Geschenke bitten wir bis zum 22. an die Vorstandsdamen abzugeben.
Am 25. und 26. sind die Verlosungsgegenstände gegen ein Eintrittsgeld von 10 Pfg. in der Zeit von 10 Uhr Morgens bis 5 Uhr Nachmittags im Saale der Hofsource zu beichtigen.
Die Verlosung findet **Donnerstag, den 27. d. Mts., Vormittags 10 Uhr,** statt. Die Gewinnlose werden an demselben Tage in beiden hiesigen Lokalblättern bekannt gegeben, die Gewinne selbst können **Freitag, den 28., von Vormittags 9 Uhr ab,** gegen Abgabe der Gewinnlose in Empfang genommen werden.
Der Vorstand des Frauen-Vereins.

Libérale Wähler-Versammlungen.

Herzogswaldau: Sonnabend Abend 8 Uhr im Gasthause des Herrn Wilder:
Vortrag des Candid. Herrn **Nentier L. Jordan-Berlin.**

Freystadt: Sonntag Nachmittag 4 Uhr im Gasthose des Herrn Wolfram:
Vortrag des Candid. Herrn **Nentier L. Jordan-Berlin.**

Schertendorf: Freitag Abend 7 Uhr im Gasthose des Herrn Fietze:
Vortrag des Herrn Redacteur **Langer-Grünberg.**

Alt-Tschau: Freitag Abend 7 $\frac{1}{2}$ Uhr im Hensel'schen Saale:
Vortrag des Herrn Redacteur **Beck-Glogau.**

Deutsch-Wartenberg: Sonntag Nachm. 4 Uhr:
Vortrag des Herrn Redacteur **Langer-Grünberg.**

Kolzig: Sonntag Nachmittag 4 Uhr im Gasthose des Herrn Nowoitnik:
Vortrag des Herrn Redacteur **Beck-Glogau.**

Kontopp: Sonntag Abend 7 $\frac{1}{2}$ Uhr im Lindner'schen Saale:
Vortrag des Herrn Redacteur **Beck-Glogau.**

Lansitz: Montag Abend 7 Uhr im Gasthose des Herrn Rübiger:
Vortrag des Herrn Redacteur **Langer-Grünberg.**

Droschkau: Dienstag Nachmittag 5 Uhr bei Herrn Gastwirth Wecke:
Vortrag des Herrn Redacteur **Langer-Grünberg.**

Saabor: Dienstag Abend 7 $\frac{1}{2}$ Uhr bei Herrn Gastwirth Rissmann:
Vortrag des Herrn Redacteur **Langer-Grünberg.**

Das deutschfreisinnige Wahlcomité.

Dominium Reichenau bei Naumburg a. Bober offerirt zur Saat **Futterwicken, Anderffen, Gelbe, Rosen- und Matadorkartoffeln.**
I. H. Haus im gut. Bauzustande wird bald zu kaufen gesucht. Offerten mit Preisang. unt. A. Z. 39 an die Exp. d. Bl.
Einen großen Acker an den Familienhäusern verpachtet **Mohr, Berlstr.**
Kanarienvögelchen u. Weißh. i. Hause d. Fleisch. H. Uhlmann, 2 Tr. 3.

„Benedictine“ Waldenburg.
Preisgekrönt 1889:
Paris: gold. Medaille.
Stettin: gold. Medaille.
Gent: goldene Medaille.
Benedictine Waldenburg ist anerkannt der beste aller deutschen Benedictine-Liqueure.
Man achte auf Schutzmarken und Fabrikdomicil Waldenburg i. Schl., weil ganz miserable Nachahmungen verkauft werden. Preis $\frac{1}{4}$ Flasche 4.75 Mk., $\frac{1}{2}$ Fl. 2.50 Mk., $\frac{1}{4}$ Fl. 1.40 Mk., $\frac{1}{8}$ Fl. 0.80 Mk. Musterflaschen in Original-Verpackung.
Deutsche Benedictine-Liqueur-Fabrik Waldenburg i. Schl.
Echt zu haben in Grünberg bei **Max Seidel, Delicat.-Hdlg.,** Postplatz 3.



Geschäfts-Gründung.
Einem geehrten Publikum die ergebene Anzeige, daß ich **Berlinerstr. Nr. 84** ein **Fleisch- u. Wurstgeschäft** etablirt habe.
Es soll mein eifrigstes Bestreben sein, durch gute Waare und reelle Bedienung das mir zu schenkende Vertrauen zu rechtfertigen, und bitte um geneigten Zuspruch. Hochachtungsvoll
Herrmann Frenzel.

Pianinos
aus den renommirten Fabriken von **Rud. Ibach Sohn, Irmeler, Rosenkranz** in reicher Auswahl bietet
Paternoster's Pianoforte- u. Harmonium-Haus.
Filiale Grünberg,
Gr. Bahnhofstr. Nr. 5.
Suckel.

Wegen Aufgabe meines Geschäfts verkaufe sämtliche Maschinen zu allerbilligsten Preisen, als: Siedemaschinen, Schrotmühlen, Rübenschneider, Aepelmühlen, Pumpen, Mohnmühlen, Krauthobelmaschinen, Saugpumpen, Buttermaschinen, Getreidereinigungsmaschinen, französische Schrauben-Schiffel, eine Bandsäge und zwei noch gut erhaltene Drechsmaschinen.
Ch. Belitski, Burg 26.

Eine Wassermühle mit Walzenstuhl im oder anliegend dem Grünberger Kreise wird zu pachten gesucht. Offerten sub **K. G. 46** Exped. d. Bl.
Werde zum Schlachten gekauft und zahlt hohe Preise
Reinsch, Rößschlächter in Grünberg.
Die bisher von Herrn Dr. Eckstein innegehabte Wohnung, Postplatz Nr. 15, ist zum 1. April anderweitig zu vermieten.
W. Levysohn.

86r W. u. M. à 2. 80 Pf. **H. Pusch.**
84r W. à 2. 70 Pf. **Aug. Brucks, Breitestr.**
85r W. 86r M. u. W. 80 Pf. **G. Fritze, Str.**

Weinauswahl
B. Jacob, Krautstr.,
Wwe. Sander, Nied.
G. Pittschke, Fleisch.
Schneiderm. Eisen.
H. Weber, 87.
B. Krüger,
Fischer,
E. Kuhn,
Dfen.

Eugen Richter und die Frankfurter Polizei.

Die Cartellbrüder müssen doch bößlich Angst vor Eugen Richter haben. Das zeigt sich u. A. aus den jüngsten Erlebnissen des wackeren Parlamentariers in Bockenheim. Eugen Richter beschreibt dieselben wie folgt: Am Sonntag habe ich im Badischen (Mannheim) und im Bayerischen (Neustadt a. S.) vor Tausenden von Wählern aus allen Parteien gesprochen. Die musterhafteste Ordnung herrschte in beiden Massenversammlungen. Einen Polizeibeamten erinnere ich mich weder in Mannheim, noch in Neustadt auch nur gesehen zu haben. Anders war es, als ich am Abend nach Bockenheim in den Bereich der königlich preussischen Polizeiverwaltung zu Frankfurt a. M. kam. Im Begriff, als der erwartete Redner für die vom freisinnigen Verein einberufene Wählerversammlung mich in das Versammlungslocal im „Reingauer Hof“ zu begeben, wurde ich mit meiner Begleitung aus dem Vorstande von einer Anzahl Schutzleuten bärlich und herrisch zurückgehalten. Der Eintritt in das Versammlungslocal könne auch zunächst noch nicht gestattet werden. Nach einigen Minuten kam dann aus der Versammlung Nachricht, daß der Polizeiwachmeister Zöller die Versammlung sofort für aufgelöst erklärt hatte, als der Vorsitzende des freisinnigen Vereins Dr. Jacobi dieselbe für eröffnet erklärt hatte. Die Auflösung geschah unter Berufung auf „die Gefährdung der öffentlichen Sicherheit“. Das Local soll nach Ansicht der Polizei überfüllt gewesen sein. Diese „Ueberfüllung“ aber hatte die Polizei vorher selbst zugelassen. Die versammelte Menge, etwa tausend Personen, hatte bereitwillig zur Gewinnung eines Mittelganges, den die Polizei in der Breite von 2 Metern verlangte, alle Stühle und Tische aus dem Saal herausbefördert. So hätte ich, wie mir ein Vorstandsmitglied versicherte, ohne jegliches Gedränge bis zur Rednerbühne gelangen können, was mir sonst sehr selten in Wahlversammlungen möglich ist.

Während sich die aufgelöste Versammlung unter Hochrufen zerstreute, begab ich mich in mein Privat-zimmer des Gasthofs. Etwa nach dreiviertel Stunden betrat ich das allgemeine Wirthslocal, um noch einige Vertrauensmänner privatim zu sprechen. Bei meinem Eintritt in das Local wurde ich von dem am Tisch beim Glase Bier sitzenden Gästen, etwa 60-80 an der Zahl, mit einem Hoch begrüßt. Sofort stürzte der Wachtmeister Zöller mit einer Anzahl Schutzleute in das Local und erklärte in heftiger, herrischer Weise, daß jedes Hochrufen als Fortsetzung der aufgelösten Versammlung verboten sei. Er ermahnte unsere Tische durch eine Kette von Schutzleuten mit der Weisung, jeden Hochrufer sofort zu sistiren. Auch dürfe im Wirthslocal sich niemand stehend aufhalten. Ein Mitglied des Vorstandes, welches in der Nähe stand, wurde aufgefordert sich entweder zu setzen oder das Local zu verlassen. Als dieser Herr bemerkte, daß er sich doch zuvor einen Stuhl suchen müsse, faßte ihn ein Schutzmännchen beim Kragen und warf ihn gewaltsam zur Thür hinaus. Draußen verwehrt die Polizei allen Bockenheimern den Einlaß; nur Auswärtige dürften eintreten. Ich blieb noch einige Zeit in Gesprächen im Local, unter den Augen der überwachenden Polizeibeamten, die argwöhnisch dreinschauten, ob jemand die Unterhaltung durch Ausbringung eines Hochs unterbrechen könne. Bei unserem Verlassen des Locals zählte ein Freund nicht weniger als 14 Schutzmänner, deren Zeit dieser staatsverhätenden Aufgabe geweiht war. Ich bin mir niemals in meinem Leben so staatsgefährlich erschienen, als in Bockenheim, obgleich ich hier gar nicht einmal dazu gekommen war, auch nur ein einziges Wort öffentlich zu sprechen. Nach meinem Eindruck ist die Ordnung und Sicherheit am Sonntag Abend in Bockenheim durch Niemand sonst, wie durch die Polizei selbst, insbesondere den Wachtmeister Zöller gefährdet gewesen. Bürger, die sich zur Ausübung ihres verfassungsmäßigen Versammlungsrechts vor der Reichstagswahl friedlich versammelt hatten, wurden in ihrem Vorhaben willkürlich gestört und derart grob und bärlich angegriffen, als ob wir aus einer Bande von Landstreichern und Diebesgesindel beständen.

Eugen Richter.

Polizeipräsident v. Mülling hat auf des Abg. Richter Darstellung eine Untersuchung über die Vorgänge bei der Wahlversammlung in Bockenheim angeordnet und ist hierauf nach Berlin abgereist, um Bericht über die Vorfälle zu erstatten. — Hoffentlich wird der Polizeipräsident nicht bloß die Herren Richter und die Vorstandsmitglieder des Vereins, sondern auch die Leiter der Versammlung in Bockenheim, die Vorfälle daselbst vernehmen lassen, und die Vorstandsmitglieder des Vereins in Berlin „zur Berichterstattung“ anhalten.

Parisches.

Der Reichstag erledigte am Dienstag die indirekten Steuern, wesentliche Debatte über die Katastercontribution des Staats der Rheinprovinz an, angeschlossen, die Zolldebatte über die agrarischen

Redner, besonders die Abg. von Schallscha, Graf Ranitz und Freiherr v. Erffa, daß die Zölle eine Erhöhung der Getreidepreise nicht zur Folge gehabt hätten, und als von freisinniger Seite Abg. Brömel durch Vergleichung der Getreidepreise an deutschen und ausländischen Märkten die Unrichtigkeit dieser Behauptungen nachwies, suchten sie die Schuld für diese Vertteuerung lediglich den Bäckern und der Getreidespeculation zuzuschreiben. Abg. Brömel legte jedoch dar, daß die Zölle meitens den Hauptfactor an dieser Preissteigerung bilden. Des Weiteren versuchten die conservativen Redner der freisinnigen Partei in Bezug auf die Zollpolitik einen Widerspruch ihrer jetzigen mit ihrer früheren Haltung nachzuweisen, wurden jedoch darin von den Abg. Brömel, Rickert und Dr. Vangerhans sofort rectificirt.

Gestern führte das Abgeordnetenhaus die Beratung des Etats der indirecten Steuern zu Ende und erledigte außerdem den Etat des Ministeriums für Handel und Gewerbe. Der letztere gab mehreren Abgeordneten verschiedener Parteien Veranlassung, für die Förderung des gewerblichen Unterrichts und des Fortbildungsschulwesens einzutreten. Dabei wurde regierungsfreudig erklärt, daß die Regierung auch fernerhin versuchen werde, den obligatorischen Besuch der Fortbildungsschulen im Verwaltungswege durchzuführen, trotzdem das Kammergericht eine anderweitige Auffassung hat. — Auf der heutigen Tagesordnung steht der Antrag Brömel betr. die Reform der Eisenbahntarife.

Heute tritt das Herrenhaus zu einer Sitzung zusammen.

Ein Gesetzentwurf über Rentengüter ist dem Herrenhause zugegangen. Derselbe gestattet, die Ablosbarkeit der festen Geldrenten und der festen Abgaben von Kärnern von der Zustimmung beider Theile abhängig zu machen. Er macht es zugleich zulässig, durch Vertrag und für die Dauer desselben die Zertheilung von Theilen des Rentenguts oder die Zertheilung desselben oder die Aufgabe von Baulichkeiten oder die Einschränkung des Inventars von der Zustimmung des Rentenberechtigten abhängig zu machen mit der Einschränkung, daß die verlagte Zustimmung unter gewissen Voraussetzungen richterlich ergänzt werden kann, daß aber in diesem Falle der Rentenberechtigte die Ablösung der ganzen Rente zum 2fachen Betrage verlangen kann. Der Gesetzentwurf ermöglicht es also, wieder einen Stand von unfreien Eigenthümern zu schaffen. Die Motive des Gesetzentwurfes machen auch kein Hehl daraus, daß derselbe bezweckt, der „Sachengängerei“ entgegenzuwirken und die Arbeiter in einer Weise festzuhalten, daß sie als Eigenthümer der Einwirkung des Gutsherrn sich nicht zu entziehen vermögen und ihm dauernd dienstbar bleiben.

In der vorgestrigen Sitzung des Landes-Ausschusses für Elsaß-Lothringen besprachen die Abgeordneten Dr. Petri, Baron von Bulach (Sohn) und andere den Etat und richteten an die Regierung Anfragen wegen des Patzwanges. Unterstaatssekretär von Köller antwortete, die Patzwangregel sei allerdings eine harte, aber notwendige; sie werde jedoch mit möglichster Milde ausgeführt; der Staatssecretär warnte vor Uebertreibungen in den Klagen über Härte, welche nur Schaden könnten, und protestirte auf das Bestimmteste gegen allgemein gehaltene Beschwerden über die Beamten ohne Nennung von Namen; er sei gern bereit, jede gerechtfertigte Klage entgegen zu nehmen.

In der gestrigen Sitzung der bairischen Abgeordnetenversammlung erklärte der Minister v. Crailsheim, eine Ueberbürdung des Bahnpersonals sei nicht vorhanden. Der beabsichtigten Entlastung der Dienstzeit widersprächen häufig die Bahnbediensteten selbst wegen der Kürzung der Nebenbezüge, so z. B. der an dem Adhrmofer Bahnunglück schuldige Stationsstageselbner. Trotzdem würden etwaige wegen der Verkehrssicherheit noch vorhandene Mängel und Ueberbürdungen beseitigt werden. Bayern weise sehr wenige Verletzungen von Bahnreisenden auf. Im Jahre 1887 seien von den 19 000 000 Personen, welche die Bahn benutzten, nur eine getödtet und zwei verlegt worden; im Jahre 1888 von den 20 000 000 Reisenden wurde Niemand getödtet und drei verlegt.

Grünberger und Provinzial-Nachrichten.

Grünberg, den 6. Februar.

* Vor uns liegt ein Wahlausruf der freisinnigen Arbeiter Berlins. Es heißt darin unter Anderem: „Die eben verendete dreijährige Cartell-Majorität, das Product der Lüge und Angst, — der Beeinflussung und Einschüchterung — hat Euch einen genügenden Denktettel in ihren Abstimmungen und Beschlüssen hinterlassen, einen Denktettel, den Ihr noch lange genug beim Kauf eines jeden Brotes, — jeden Stückchen Fleisches, — beim Kaffe, Bier und anderen Genußmitteln, — bei jedem Körnchen Salz — bei der Füllung Eurer kleinen Petroleumlampe, — beim Einkauf der notwendigen Bekleidungsgegenstände und des unentbehrlichen Handwerkszeugs recht empfindlich spüren werdet! Sollen wir auch noch die Thaten der verflochtenen Majorität auf idealen Gebieten Euch in Erinnerung

bringen? Nun, Euer Wahlrecht ist nahezu um die Hälfte verkürzt. — Euer Press-, Versammlungs- und Vereinigungsrecht unterbunden worden, unsere Brüder und Söhne werden in fast doppelter Anzahl als vorher — trotz der Friedenszeit — unter den Waffen gehalten und das Alles wird noch getödtet durch eine Ausnahmegesetzgebung, welche Millionen unserer (wenn auch nicht politisch gleichgesinnten) Brüder und Schwestern, zu Reichsbürgern zweiter Klasse herabgewürdigt, der Willkür der Polizeiorgane preisgibt. Dieser Zustand ist auf die Dauer unerträglich!“

Unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Würfel fand am Mittwoch, Nachmittag 5 Uhr, im Rathhause zu Sagan eine Versammlung von Interessenten des Projectes einer Fernsprech-Einrichtung für Sagan statt. In der Erörterung desselben mußte allerseits anerkannt werden, daß Sagan in dieser Hinsicht gegenüber vielen anderen Nachbarstädten noch sehr zurückstehe und eine lebhaftere Agitation für die zeitgemäße Verkehrseinrichtung am Plage sei. Trozdem die erforderliche Teilnehmerzahl für eine Fernsprech-Einrichtung innerhalb der Stadt bereits erreicht ist, liegt es dennoch im Interesse der beteiligten Firmen, daß die Zeichnungen zur Teilnahme sich noch vermehren. Es wurde der Beschluß gefaßt, mit einem Gesuche an die Handelskammer der Kreise Sagan und Sprottau heranzutreten, damit dieselbe das Project unterstützen möge. Man einigte sich ferner dahin, zunächst die Fernsprech-Einrichtung für die Stadt herbeizuführen und einem Comité die erforderlichen Schritte, auch diejenigen zur baldigen Erlangung einer Verbindung mit Berlin und dem Niederlausitzer Fernsprechnetz anzuvertrauen. In das Comité wurden die Herren Bürgermeister Würfel, Arendt, Procurist der Actiengesellschaft Saganer Wollspinnerei und Weberei, Tuchfabrikant Bärthold, Kaufmann Jonas und Fabrikdirector Weiß gewählt.

Ein trauriges Geschick hat die Familie des Gärtners August Sauermann in Greifitz, Kreis Sagan, getroffen. Letzterer besand sich, wie das „Sag. W.“ mittheilt, am Sonnabend Abend mit seiner Frau in der am entgegengesetzten Ufer des Bobers gelegenen Wosch'schen Wirthschaft zu Gaste, woselbst sich auch eine Zahl Anderer aus dem Dorfe eingefunden hatte. Späterhin, als man sich zum Aufbruch rüstete, nahm es der Gärtner, einen Theil der mit anwesenden Frauen über den Fluß zu setzen, während er seine Frau nachholen wollte. Das geschah; S. aber kehrte nicht wieder zurück, und am Sonntag Morgen fand man ihn unweit seiner Besitzung als Leiche. Die durchnähten Kleider desselben und noch andere Umstände sprechen dafür, daß S. bei der Rückfahrt verunglückt ist, das Ruder verloren und nur mit Mühe wieder, vollständig durchnäht, das Ufer erreicht hat. Auf dem Wege nach seiner Wohnung mag S. zusammengebrochen und vom Tode überrascht worden sein.

Ein gräßlicher Unglücksfall ereignete sich gestern früh um 7 Uhr in dem Getreidespeicher der Firma Gebr. Cohn in Glogau. Als der Borarbeiter Kretschmer den großen Transmissionsriemen auf das Schwungrad legte, geriethen die Zipfel seines Halbtuges in die Transmision hinein und so wurde der Unglückliche buchstäblich erwürgt. Ehe Hilfe zur Stelle gebracht werden konnte, war der Arbeiter bereits eine Leiche. Der Verstorbene war ein sehr ordentlicher Mensch und hinterläßt eine Frau mit einem Kinde.

Berliner Börse vom 5. Februar 1890.

Deutsche	4 3/4 Reichs-Anleihe	107,50 bz. G.
"	3 1/2 dito	103 bz.
Preuß.	4% consol. Anleihe	106,80 G.
"	3 1/2 dito	103 bz. G.
"	3 1/2 Präm.-Anleihe	159 B.
"	3 1/2 Staatsschuldsch.	100,60 bz. B.
Schles.	3 1/2 Pfandbriefe D.	100,60 G.
"	4% Rentenbriefe	104,20 bz.
Pölsener	3 1/2 Pfandbriefe	99,90 G.
"	4% dito	101,75 bz. G.

Berliner Productenbörse vom 5. Februar 1890.
Weizen 183-200. Roggen 172-180. Hafer, guter und mittlerer schlesischer —, feiner schlesischer 175-178.

Verantwortlicher Redacteur: Karl Langer in Grünberg.

Ein Nahrungsmittel ersten Ranges muß außer seinen qualitativen und praktischen Eigenschaften auch medicinisch gutgeheßen, chemisch als werthvoll befunden und bacteriologisch untersucht sein auf absolute Reinheit von krankheitszeugenden Bacterien und Schimmelpilzen. Dieses ist Frank's Avenacia in höchster Vollkommenheit, dem auch seiner Vorzüge wegen von der Kreis-Jury der Internationalen Ausstellung für Nahrungsmittel in Wien die goldene Medaille zuerkannt wurde. Seine Anwendung, (es lassen sich aus demselben in wenigen Minuten die schmackhaftesten Gerichte herstellen) ist von überraschendem Erfolge überall da, wo die Blutbildung beschleunigt und verbessert werden soll, überhaupt bei geschwächten, schlecht genährten oder abgemagerten Personen, sei es daß diese Zustände die Folge fieberhafter oder chronischer Leiden, oder aus Abweichung, Eiterung, Durchfall etc. entspringen. Frank's Avenacia ist zu Mark 1.20 die Maßje erhältlich in Grünberg i. Schl. bei: D. Liebeherr, Jul. Peltner.

Arbeiter in Stadt und Land!

Vorgesehen!

Es wird von den Conservativen wieder allerlei geplant gegen **Eure Rechte** und **Eure Freiheiten**. Insbesondere will man es Euch ländlichen Arbeitern gesetzlich verbieten oder doch erschweren, einen neuen Arbeitgeber zu suchen, der Euch besser behandelt und Euch reichlicheren Lohn giebt.

Von dem **Ausfall der nächsten Reichstagswahlen** hängt es ab, ob diese Pläne gegen Eure Rechte und Freiheiten sich verwirklichen.

Darum wählt keinen Conservativen!

Die Stimme eines Jeden von Euch gilt bei den Reichstagswahlen ebensoviel wie diejenige eines Millionärs, Barons oder Ministers.

Euer Schicksal liegt deshalb in Eurer Hand!

Die nächste Wahl gilt für **fünf** lange Jahre!

Wenn die Cartellparteien wiederum die Mehrheit im Reichstag erlangen, so habt Ihr voraussichtlich das **gleiche und geheime Wahlrecht** in seiner jetzigen Gestalt **zum letzten Mal ausgeübt**, denn auch in Betreff des Wahlrechts der Arbeiter finnt man auf Beschränkungen. Schon hegt ein großes nationalliberales Blatt gegen dieses Wahlrecht, welches nur ein Wahlrecht „des süßen Pöbels“ sei, „des Volkes, welches weder Gedächtniß, noch Verstand besitze“. Das Organ der sächsischen Regierung hinwiederum erklärt, man werde unter dem allgemeinen Wahlrecht „leben und leiden, bis nach schweren Vorkommnissen Bundesrath und Reichstag **die Unhaltbarkeit desselben einsehen**“. Noch ein Cartellreichstag — und das **gleiche und geheime Wahlrecht geht Euch verloren**.

Darum, Arbeiter, **schützt Euer Recht, wahrt Eure Freiheiten!**

Wählt keinen Lebensmittelvertheurer!

Seit 1879 ist der Volkshaushalt **um mehr als 400 Millionen Mark** durch neue Steuern und Zölle vertheuert worden. Die Erhöhung der Getreidezölle hat eine Vertheuerung des Brotkorns um 50 Mark pro Tonne bewirkt, was für das Kilo Brot etwas über 6 Pfg. ausmacht. Der **Haushalt einer Arbeiterfamilie**, welche täglich 4 Pfund Brot verzehrt, ist infolgedessen jährlich **um 45 Mark höher belastet**. Dazu kommen alle übrigen Vertheuerungen der Lebensmittel durch Zölle und Steuern des Reiches.

So sind beispielsweise durch Zölle und Verbrauchssteuern gegenwärtig belastet:

Kilo Mehl	mit	8½ Pfg.	Kilo Schmalz	mit	10 Pfg.
„ Brot	„	6½ „	„ frisches Fleisch	„	20 „
„ Hülsenfrüchte	„	2 „	„ Tabak	„	50 b. 100 „
„ Kaffee	„	40 „	Mille Cigarren	bis	10 Mk.
„ Zucker	„	20½ „	Schock Eier	mit	12 Pfg.
„ Salz	„	12 „	Liter Petroleum	„	6 „
„ Gewürz	„	50 „	„ Bier	„	1 „
„ Reis	„	4 „	„ Branntwein	„	26 b. 35 „

Bei den vorigen Reichstagswahlen im Februar 1887 haben sich manche Arbeiter durch **falschen Kriegslärm** bethören lassen und einen Reichstag zusammenbringen helfen, der alsdann die Kornzölle noch um 20 Mk. pro Tonne erhöhte und eine **Vertheuerung des Branntweins** um 70 Mark pro Hectoliter Alkohol bewirkte. Um nicht weniger als **164 Millionen Mk.** ist dadurch allein der Branntwein vertheuert worden, von dem **Fürst Bismarck** doch selbst früher anerkannt hat, daß ihn der Arbeiter nicht immer entbehren könne.

Die Absichten sind aber gerichtet auf eine **noch weiter gehende Vertheuerung der Lebensmittel**. Verlangte doch schon 1887 die Regierung eine Erhöhung der Getreidezölle sogar bis zu **60 Mk.**, während 1886 eine neue Branntweinsteuer von **120 Mk.** (jetzt 70 Mk.) und 1879 eine Erhöhung der **Tabakzölle** auf **140 Mk.** (statt jetzt 85 Mk.) verlangt wurde. Auch eine Erhöhung der Brausteuer ist mehrfach verlangt und angekündigt worden.

Darum, Ihr Arbeiter in Stadt und Land,

Wählt keinen Lebensmittelvertheurer

in den Reichstag, sondern

Wählt einen freisinnigen Mann!

Die **deutsche freisinnige Partei** ist die einzige größere Partei im Reichstage, welche von Anfang an gegen die falsche Wirthschaftspolitik und die **künstliche Vertheuerung der Lebensmittel** durch Maßnahmen des Reiches und des Staates rückhaltlos und entschieden eingetreten ist.

Die **deutsche freisinnige Partei** will im Steuersystem **Gerechtigkeit** und Schonung der Volkskraft, **keine Zoll- und Wirthschaftspolitik im Dienste von Sonderinteressen**. Sie bekämpft alle auf Fesselung der Freizügigkeit, Coalitions- und Erwerbsfreiheit gerichteten Pläne. Sie tritt bei voller Wahrung der Gleichberechtigung, der Selbstthätigkeit und des freien Vereinigungswesens der arbeitenden Klassen für alle auf Hebung derselben zielenden Bestrebungen ein.

Die **Parole der Deutschfreisinnigen** lautet: Wahrung der Rechte des Volkes, Erhaltung des geheimen, allgemeinen, gleichen Wahlrechts, Sicherung der Wahlfreiheit, Preß-, Versammlungs-, Vereinsfreiheit, **Gleichheit vor dem Gesetz** für Jedermann und der Partei.

Wer das mit uns, dann wählt am 20. Februar

Rentier L. Jordan-Berlin.

Das geschieht durch Abgabe eines zusammengefalteten Stimmzettels am 20. Februar (von 10 Uhr Vormittags bis 6 Uhr Abends.)

